

### Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 17.06.2021

1. Gegenstand der Vorlage: Abschlussinformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 2314/VIII aus der 50. BVV vom 19.11.2020

Marzahn-Hellersdorf gegen den solidarischen Finanzierungsbeitrag von Kitas durch Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und den unangekündigten Einzug

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Ersuchen wurde gefolgt.

Der Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie hat sich am 25.01.2021 im Sinne des Ersuchens an die Staatssekretärin für Jugend und Familie gewandt und um eine Rückäußerung in Umsetzung des Ersuchens gebeten.

Die Antwort der Staatssekretärin liegt nunmehr seit dem 29.04.2021 vor und wird der BVV nachfolgend zur Kenntnis gegeben.

*„Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus und deren Folgen hat uns alle seit März 2020 vor enorme Herausforderungen gestellt. Das Land Berlin hat seither zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die vorhandenen Strukturen und Leistungen im sozialen Bereich trotz pandemiebedingter Einschränkungen zu erhalten. So wurden Einrichtungen und Dienste, ggf. unter angepassten Bedingungen, fortgeführt und weiter finanziert.*

*Das gilt auch für das Berliner Kitasystem, welches als Ganzes für die Gewährleistung einer Notbetreuung herangezogen wurde, die gerade in der Anfangszeit jedoch durch eine **deutlich reduzierte Auslastung** gekennzeichnet war.*

*In Anbetracht dieser Situation führte das Land Berlin, wie gemäß § 13 RV Tag in solchen Fällen vorgesehen, mit den weiteren Vertragsparteien der Rahmenvereinbarung Anpassungsverhandlungen, um der Bewältigung der Gesamtsituation auch bezüglich der Finanzauswirkungen angemessen Rechnung zu tragen. Im Ergebnis haben sich die Vertragsparteien auf ein Gesamtpaket geeinigt, dass einen für alle Seiten tragbaren Kompromiss darstellt:*

*Generell galt, dass das Land Berlin die Kitaträger auf Basis einer unveränderten RV Tag fortfinanziert. Die Entgeltfinanzierung der Kitaträger mit einem Volumen von über 2,1 Milliarden Euro jährlich wurde somit durchgehend gesichert und wird bis heute trotz der Pandemiesituation lückenlos fortgeführt.*

*Die Vertragsparteien haben sich im Rahmen der Verhandlungen darüber hinaus auf einen solidarischen Finanzierungsbeitrag der Träger in Höhe von rund 20 Mio. Euro verständigt, der eine Beteiligung dieser an der Aufrechterhaltung der Strukturen und Systeme zu Zeiten der Pandemie zum Ausdruck bringt. Davon entfallen ca. 8 Millionen Euro auf Essensbeiträge der Eltern (23 Euro pro Kind pro Monat) für zwei Beitragsmonate, die die Träger nicht eingezogen haben.*

*Die Differenz von rund 11,5 Millionen Euro, dies entspricht einem einmaligen Betrag von 69 Euro pro Kind, wurde im Zuge der Novemberfinanzierung von den Trägern einbehalten. Die individuelle Höhe ist demnach unabhängig von im konkreten Einzelfall tatsächlich ersparten Aufwendungen der Träger.*

*Meine Verwaltung stand und steht über die gesamte Phase der Pandemie und auch danach in einem engen Austausch mit den Bezirken, den Dachorganisationen, aber auch einzelnen Trägern, damit sichergestellt wird, dass alle Träger regelmäßig Informationen erhalten bzw. mit ihren Anliegen Gehör finden*

*Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für ihr Engagement zur Bewältigung der großen Herausforderungen infolge der Corona-Pandemie.“*

Dagmar Pohle  
Bezirksbürgermeisterin

Gordon Lemm  
Bezirksstadtrat für Schule, Sport,  
Jugend und Familie